

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

04.10.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Altmärker stellen sich der “Eine-Million-Jahre-Frage”</b> <i>mdr.de, 04.10.2021</i> .....	3
2   <b>Uniper rechnet nicht mit zügiger Betriebserlaubnis für Nord Stream 2</b> <i>Handelsblatt.com, 01.10.2021</i> .....	6
3   <b>23 Milliarden Franken kostet Atomkraftwerke-Stillegung</b> <i>AWP-Basisdienst, 01.10.2021</i> .....	8

## Altmärker stellen sich der “Eine-Million-Jahre-Frage”

*Auch wenn 2022 alle Atomkraftwerke vom Netz gehen, bleibt jede Menge strahlender Abfall. Deshalb wird nach einem geeigneten Ort gesucht, der auch Eiszeiten, Überschwemmungen und Kriege übersteht. Schließlich muss der Endlagerplatz für den Zeitraum von einer Million Jahre oder 40.000 Generationen sicher sein. Gesucht wird auch in Sachsen-Anhalt – vor allem in der Altmark. In einer Ausstellung im Beetzendorfer Ortsteil Ökodorf Sieben Linden können sich die Altmärker nun informieren.*

Dr. Christel Rosenbaum von der Beetzendorfer Bürgerinitiative “Atomerbe – wohin?” und ihre Mitstreiter wollen die Altmärker für das Endlager-Thema wachrütteln. Deshalb haben sie die Ausstellung „suche:x“ ins Ökodorf geholt – mit anfänglich großer Skepsis gegenüber dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, kurz Base.

Kritik an Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Denn am Prozess der Standortfindung übt die Bürgerinitiative “Atomerbe – wohin?” Kritik. Die Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit des Base sei nicht ausreichend, die Suche nach dem Endlager brauche viel mehr Zeit, denn Corona habe bislang echte Bürgerbeteiligung verhindert. Alle Formate seien nur digital abgehalten worden und hätten nicht genügend Menschen erreicht.

Dabei ist das Base die Kontroll- und Aufsichtsbehörde bei der Suche nach einem Endlager. Es soll den Prozess aus wissenschaftlicher Sicht begleiten und überwachen, so dass die Suche so abläuft, wie sie im Gesetz – dem Standortauswahlgesetz – festgelegt ist. Zudem ist das Base verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit bei der Endlagersuche.

### **Bittere Atommüll-Pille: Die Altmark hat keine politische Lobby**

Als ehemalige Landärztin hat Christel Rosenbaum das Thema in der Altmark aufgebracht, mit diversen Fachleuten und Wissenschaftlern gesprochen. Sie hat herausgefunden, dass viele Experten die Salzstöcke der Altmark für nicht geeignet halten, und bemängelt, dass die BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung) und viele Politiker das anders sehen.

### **Aktivisten: “Eine-Million-Jahre-Frage” darf keine**

### **politische Entscheidung sein**

Sie befürchtet, dass die Altmark nur für geeignet gehalten wird, weil sie dünn besiedelt ist, keine politische Lobby hat und wenig Widerstand zu erwarten ist. Deshalb fordern sie und ihre Mitstreiter, dass die “Eine-Million-Jahre-Frage” keine politische Entscheidung sein darf, über die der Deutsche Bundestag und Bundesrat abstimmen. Anders als bei Gorleben sollen Wissenschaftler und Experten die Frage beantworten.

Sie sagt: “Wir sind nicht gegen ein Endlager. Der Atommüll muss irgendwo hin, aber bitte an den möglichst sichersten Ort für eine Million Jahre.” Als Sprachrohr der Bürgerinitiative fordert Rosenbaum: “Wenn uns Wissenschaftler und Experten – und nicht Politiker – nachweisen, dass dieser Ort in der Altmark liegt, dann schlucken wir die bittere Atommüll-Pille.”

### **Ein Viertel der möglichen Standorte liegt in Sachsen-Anhalt**

Noch sind 54 Prozent der Bundesrepublik mit 90 Standorten im Rennen um den sichersten Endlager-Ort Deutschlands. Ein Viertel dieser Standorte befindet sich in Sachsen-Anhalt, 14 davon in der Altmark (Beetzendorf/OT Poppau, Ristedt, Bonese, Waddekath, Nettgau, Jahrstedt, Dannefeld, Lüge-Liesten usw.). Der Salzstock Poppau befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Ökodorf Sieben Linden. Bis 2031 soll das Endlager gefunden sein.

“Viel zu wenig Zeit”, sagt Anwohner Christoph Strünke von “Atomerbe – wohin?” und spricht von einem “unfairen Verfahren”, zumal Corona den Wissensaustausch erschwert hat. Laut Strünke hätte die deutsche Öffentlichkeit viel umfassender mitgenommen und informiert werden müssen. Schließlich wüssten die Be-

troffenen zu wenig über die geologischen Bedingungen und hätten kaum Zeit gehabt, Experten und Gutachter ins Boot zu holen.

### **Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ mit eigener Ausstellung**

Zu den größten Kritikern des Endlagersuchprozesses und des Base gehört die bundesweit tätige Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. Sie wird sich neben der „suche:x“-Ausstellung des Base in den kommenden Tagen mit einer eigenen Ausstellung präsentieren. Zudem sind eine Öko-Rallye für Schulklassen und weitere Aktionen geplant, damit die Altmärker sich umfassend zum Thema „Endlager“ informieren können.

### **Strahlende Ausstellung: Darum wird die Schau nachts mit Tüchern verhängt**

Das Ökodorf Sieben Linden befindet sich in einer der am wenigsten lichtverschmutzten Gegenden Deutschlands. Nachts strahlen dort höchstens Mond und Sterne. Bewusst wird im Ökodorf auf Straßenbeleuchtung verzichtet. Da die Laptops der „suche:x“-Ausstellung aber auch nachts nicht abgeschaltet werden dürfen,

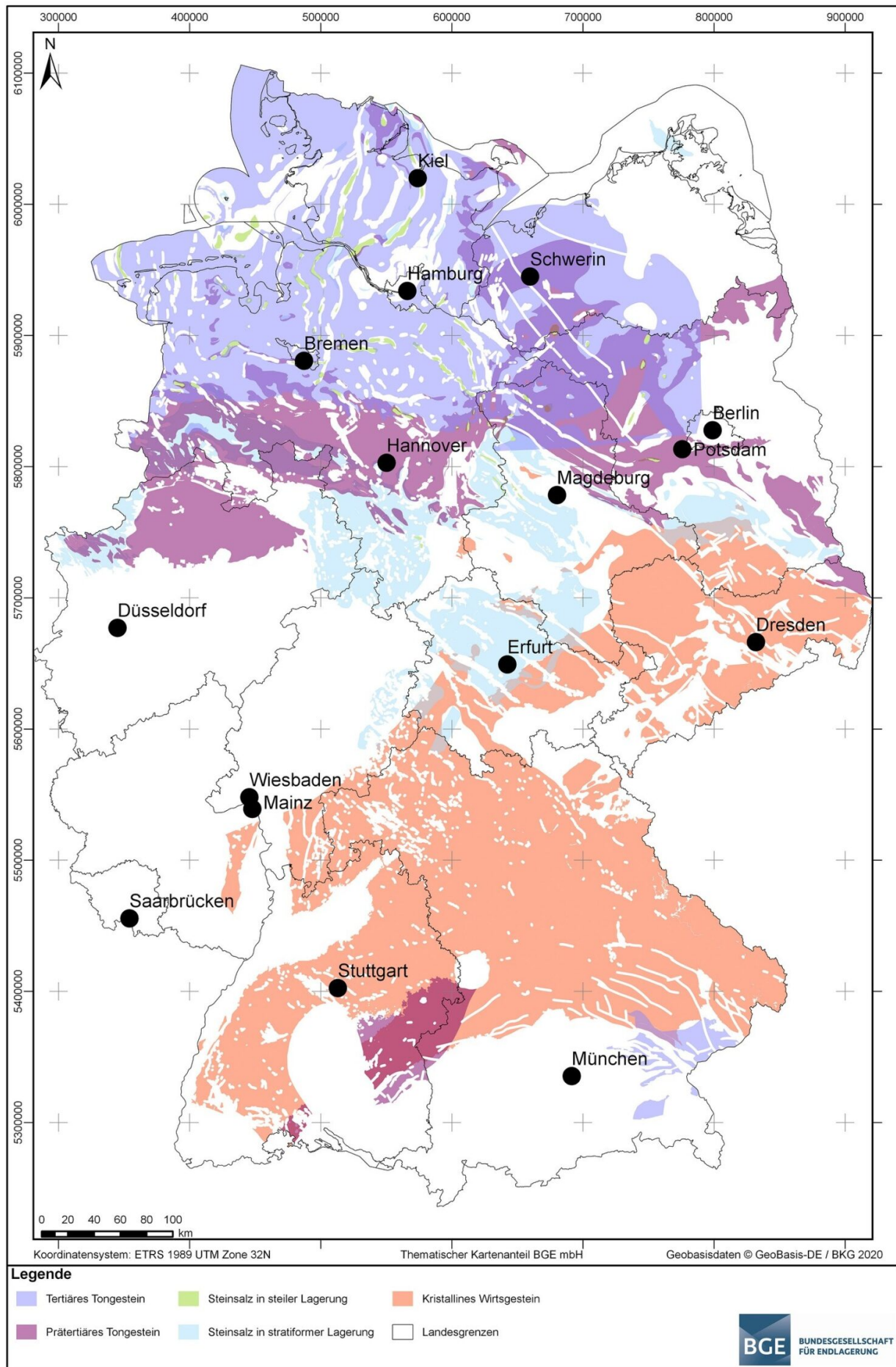
leuchtet das Ausstellungszelt in der Dunkelheit sehr stark, was unter den Ökodörflern für einigen Unmut sorgt. Deswegen wird das Zelt nun jeden Abend mit Tüchern verhängt.

### **So steht es um die Endlager-Suche**

Gesucht wird der am besten geeignete Ort, um unterirdisch radioaktiven Atommüll eine Million Jahre lang möglichst sicher zu lagern. Bis 2013 wurde vor allem über Standorte diskutiert, wo schon Atommüll lagert. Dann beschloss die Bundesregierung, ganz neu anzufangen und in ganz Deutschland nach geeigneten Bodenschichten im Untergrund zu fahnden: mindestens 100 Meter dick, bis zu 300 Meter tief und entweder aus Ton, Salz oder Granit.

Im vergangenen Herbst hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung in einem 400-Seiten-Bericht 90 potentielle Gebiete aufgelistet, die nach geologischen Kriterien in Frage kommen. 23 Teilgebiete liegen in Sachsen-Anhalt. In weiteren Schritten wird es Probebohrungen geben. Der endgültige Standort soll bis 2031 gefunden sein. 2050 soll das Endlager in Betrieb gehen.

## Teilgebiete gemäß § 13 Standortauswahlgesetz



**Bild:** Die Karte zeigt in unterschiedlichen Farben die Gebiete mit unterirdischen Gesteinsformationen, die für ein atomares Endlager in Deutschland als geologisch günstig angesehen werden.

## Uniper rechnet nicht mit zügiger Betriebserlaubnis für Nord Stream 2

*Eine Zertifizierung steht noch aus. Die werde aber so spät kommen, dass die Pipeline in diesem Winter nicht mehr helfen könne, sagt der Uniper-Chef.*

Der Energiekonzern Uniper erwartet nach den Worten seines Vorstandschef Klaus-Dieter Maubach von der Bundesnetzagentur keine rasche Betriebsgenehmigung für die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2. „Die Zertifizierung der Pipeline, nach alledem, was ich weiß, wird auf jeden Fall so spät sein, dass diese Pipeline uns in diesem Winter nicht mehr hilft“, sagte Maubach am Donnerstagabend vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung Düsseldorf (WPV).

Russland hatte die rund 1230 Kilometer lange Röhre vor wenigen Wochen fertiggestellt. Die Nord Stream 2 AG des russischen Gaskonzerns Gazprom hat bei der Bundesnetzagentur die für den Betrieb in Deutschland notwendige Zertifizierung beantragt. Mit Wirkung vom 8. September läuft hierzu eine viermonatige Frist. Der Entwurf für die Entscheidung wird dann der EU-Kommission übermittelt.

Uniper gehört zu den Finanzierungspartnern der politisch umstrittenen Pipeline und ist zudem nach eigenen Angaben der größte Kunde Gazproms. Gas ist derzeit knapp und teuer. Die Ostsee-Pipeline könnte theoretisch für eine Entlastung sorgen. Maubach verwies darauf, dass Russland seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner sei. „Alle Verträge, die wir mit dem russischen Gazprom-Konzern haben, werden erfüllt.“ Was die Russen offensichtlich derzeit nicht täten, sei darüber hinaus substantielle Mengen zu liefern. „Darüber gibt es große Diskussionen, ob sie das überhaupt können oder ob sie es nicht wollen.“ Da wolle er sich mit einer Beurteilung zurückhalten.

Wie in Deutschland seien auch die Gasspeicher in Russland nicht so hoch gefüllt wie im Vorjahr. Für die Verknappung und die stark gestiegenen Preise gebe es neben der Lage der Speicher diverse Gründe. So sei die inländische Produktion in Europa zurückgegangen. Schiffe mit verflüssigtem Erdgas (LNG) würden häufig Asien ansteuern, etwa Japan und Korea, wo die Preise noch höher seien als in Europa.

Maubach äußerte sich auch zur Zukunft der Kohlekraftwerke Unipers in Russland. „Auch unser Russland-Geschäft muss zu der Dekarbonisierung bei-

tragen. Wir werden unser russisches Geschäft nicht davon ausnehmen können“ betonte der Manager. Für Uniper gebe es diverse Möglichkeiten. So könnten die Erneuerbaren Energien ausgebaut oder die Kraftwerke modernisiert werden.

„Wir können über einzelne Kraftwerke nachdenken, ob es dafür einen Käufer gibt. Wir können über die gesamten Kraftwerksblöcke nachdenken.“ Es stehe das ganze Portfolio von drin bleiben bis ganz rausgehen zur Verfügung. Zudem gebe es noch Möglichkeiten durch das Russland-Geschäft des finnischen Mutterkonzerns Fortum.

### Entschädigung bei früherem Aus von Kraftwerk Datteln IV

Außerdem besteht der Energiekonzern Uniper auf eine Entschädigung, falls sein Steinkohlekraftwerk Datteln IV früher als 2038 abgeschaltet werden soll. Wer das Kohleausstiegsgesetz verändern wolle, müsse „die Frage der Entschädigung in den Blick nehmen“, sagte Maubach ebenfalls bei der Veranstaltung am Mittwochabend.

Uniper sei bei dem Thema gesprächsbereit. „Wir sind uns bewusst, dass Datteln IV das Symbol für den deutschen Kohleausstieg geworden ist“, sagte Maubach. „Der Ball liegt aber nicht bei uns.“

Datteln IV war im vergangenen Jahr als letztes deutsches Steinkohlekraftwerk ans Netz gegangen. Im Gesetz über das Ende der Kohleverstromung war mit Blick auf mögliche Entschädigungen auf ein früheres Aus als 2038 verzichtet worden. Ein Vorziehen des Kohleausstiegs dürfte ein Thema bei den Verhandlungen über die Bildung einer neuen Bundesregierung werden.

Versuche, Datteln IV über einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis aus dem Markt zu drängen, würden nicht funktionieren, betonte Maubach. Wer das versuche, werde enttäuscht. Uniper habe die Erzeugungskapazität des Kraftwerks weitgehend an zwei Großkunden „vermietet“ und langjährige Verträge darüber abgeschlossen.

Der Konzern bekomme deshalb auch Geld, wenn diese Kunden wegen zu hoher variabler Kosten keinen Strom abnehmen. Neben dem Energiekonzern RWE

hat die Deutsche Bahn langfristige Verträge mit Uniper.

## 23 Milliarden Franken kostet Atomkraftwerke-Stillegung

**Bern (awp/sda)** - 23,1 Milliarden Franken kosten die Stilllegung und der Rückbau der Schweizer Atomkraftwerke (AKW) sowie die Entsorgung aller Abfälle. Zu diesem Ergebnis kommt der AKW-Betreiberverband Swissnuclear. Die Schweizerische Energiestiftung reagierte mit scharfer Kritik. Laut Swissnuclear sind die Gesamtkosten um 1,1 Milliarden Franken und damit 4,5 Prozent tiefer als letztmals 2016 mit 24,2 Milliarden Franken veranschlagt, wie der am Freitag veröffentlichten neuesten Studie zu entnehmen ist, die alle fünf Jahre erscheint.

Die Stilllegungskosten von neu rund 3,7 Milliarden Franken sanken um drei Prozent gegenüber 2016. Der Grund: Die Erfahrungen aus der Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg hätten gezeigt, dass Nachbetriebsarbeiten und Stilllegungsarbeiten auch parallel ausgeführt werden können, erklärte Swissnuclear.

Die Entsorgungskosten sind sogar um fünf Prozent gesunken gegenüber den Berechnungen von 2016 und betragen beim Bau von je einem Lager für schwach- und hochaktive Abfälle an zwei unterschiedlichen Standorten neu 19,4 Milliarden Franken. Gesunken sind sie laut Swissnuclear, weil das Verfüll- und Versiegelungskonzept weiterentwickelt und die Zugangsbauwerke und Verpackungsanlagen optimiert wurden.

Von den Gesamtkosten sind laut Swissnuclear-Studie 7,5 Milliarden Franken bereits bezahlt und weitere 8,9 Milliarden Franken in den Fonds sichergestellt. Knapp drei Viertel der Gesamtkosten sind somit laut Swissnuclear ausfinanziert. An Kapitalerträgen aus dem Fondsvermögen werden noch 4,9 Milliarden Franken erwartet.

### „Auf Kosten künftiger Generationen“

Die Schweizerische Energiestiftung übt scharfe Kritik an der Darstellung von Swissnuclear. Die Atomkraftwerke-Betreiber „wälzen die noch immer hohen Kostenrisiken auf die Allgemeinheit ab“, wie es am Freitag auf Twitter hiess. Und dies auch noch „wider besseres Wissen“. Tiefenlager für radioaktive

Abfälle seien „eine Geschichte sehr teurer Misserfolge“.

Würden die Risiken verursachergerecht berücksichtigt, müssten die Kosten deutlich ansteigen statt zu sinken, schreibt die von privaten Spendengeldern finanzierte Stiftung weiter. Der Zuschlag, um eine zu optimistische Kostenschätzung abzufedern, sei gemäss international vergleichbaren Bauprojekten viel zu tief, und unerwartete Ereignisse würden nicht in den Kosten berücksichtigt.

Ausserdem sei es mit einer absichtlichen Insolvenz in Form von Atomkraftwerken, die als separate Gesellschaften organisiert sind, nach wie vor möglich, dass die Eigentümerkonzerne späteren Beitragserhöhungen und der gesetzlichen Nachschusspflicht und Solidarhaftung entgehen.

Und zudem sei die im Entsorgungskonzept vorgesehene Langzeitbeobachtung nach dem Verschluss der Endlager in den Kosten nicht berücksichtigt.

### Erkenntnisse aus Mühleberg-Stillegung

Die Swissnuclear-Kostenstudie erfolgte im Auftrag der Verwaltungskommission der Stilllegungs- und Entsorgungsfonds (Stenfo). Eingeflossen sind Erkenntnisse aus der Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg BE und aus den geologischen Untersuchungen der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle).

Nach der Einreichung der Kostenstudie 2021 erfolgt die Prüfung durch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi, durch unabhängige Kostenprüfer sowie die Stenfo-Gremien.

Swissnuclear ist der Branchenverband der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber (Axpo Power AG, BKW Energie AG, Kernkraftwerk Leibstadt AG und Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG). Diese Unternehmen betreiben die Kernkraftwerke Beznau im Aargau, Gösgen im Kanton Solothurn und Leibstadt im Kanton Bern, die rund ein Drittel des Schweizer Stroms erzeugen.